

# Männedörfler vertagen ihre Entscheidung über Wohn-Initiative

Die Gemeindeversammlung hatte die Initiative für günstigen Wohnraum bereits angenommen. Da verlangte die FDP eine Urnenabstimmung.

## Von Nadja Belviso

Männedorf - Die grosse Frage, die sich am letzten Montag vor der Gemeindeversammlung alle stellten, sollte an diesem Abend nicht beantwortet werden: Ob die Gemeinde grünes Licht bekommt, um Rahmenbedingungen für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das verlangt die Initiative von Dieter Hanhart, über die die 286 Stimmberechtigten befinden sollten. Diese entschieden aber, die Initiative an die Urne zu bringen.

Ein Ja hätte bedeutet, dass die Gemeinde abklärt, ob ein Stück Land vom Kanton gekauft und im Baurecht abgegeben werden kann. Dieser Kauf soll durch den Verkauf eines gemeindeeigenen Grundstücks am See mitfinanziert werden. Sowohl die Gemeindepräsidentin Heidi Kempin (FDP) als auch der Initiator selbst betonten, das Geschäft sei keine Kreditvorlage. Die Anwesenden sollten lediglich über den Auftrag an die Gemeinde, mit dem Kanton zu verhandeln, abstimmen. Der Gemeinderat empfahl, dem Geschäft zuzustimmen, die Rechnungsprüfungskommission legte den Stimmbürgern eine Ablehnung nahe.

Widerstand war bereits angekündigt worden: Letzte Woche hatte die FDP

ihre Gegenargumente veröffentlicht (TA vom 9.6.). Um die Männedörfler von einer Ablehnung der Initiative zu überzeugen, wiederholte Ortsparteipräsident Giovanni Weber diese am Montag in der gut gefüllten reformierten Kirche: Es seien sehr wohl finanzielle Verpflichtungen im Initiativtext enthalten, und Wohnbauförderung sei keine Staatsangelegenheit. Ausserdem sei die soziale Durchmischung in Männedorf nicht in Gefahr.

Die SVP hatte ihre Parolen im Vorfeld zurückgehalten - um die Gegner nicht zu mobilisieren, wie man Gespräche fünf Minuten vor Versammlungsstart entnehmen konnte. Ortsparteipräsident Heinz Abegg machte gleich im ersten Satz seines Votums klar: Die Initiative sei abzulehnen. Er argumentierte, beim vorgeschlagenen Geschäft könnten nur 40 Familien profitieren. Es gäbe andere Investitionsmöglichkeiten, von denen mehr Männedörfler etwas hätten.

## Prominente Fürsprecher

Schliesslich überwogen dann doch die Stimmen von Befürwortern. Leidenschaftliche Plädoyers mehrerer Männedörfler, darunter der ehemaligen Gemeinderätin Marianne de Mestral (SP) oder von Kantonsrat Lorenz Schmid (CVP), vermochten die Stimmbürger zu überzeugen: Es wurden 156 Ja- zu 130 Nein-Stimmen gezählt.

Damit war die Sache aber noch nicht ausgestanden. Nachdem eine Nachzählung verlangt worden war und diese zum selben Resultat führte, ergriff FDP-

Präsident Weber noch einmal das Wort. Er beantragte eine Urnenabstimmung. Mehr als ein Drittel der Stimmbürger fand die Idee gut - genug, um die endgültige Entscheidung zu vertagen.

Die übrigen Geschäfte gingen problemlos über die Bühne: Die Einführung der Schulsozialarbeit wurde mit wenigen Gegenstimmen angenommen. Ebenso die Verordnung zur Videoüberwachung, die den Gemeinderat ermäch-

tigt, Kameras an öffentlichen Plätzen zu installieren. Damit soll der Vandalismus eingedämmt werden. Gegen die Jahresrechnung 2009, die einen Ertragsüberschuss von gut 2,7 Millionen Franken aufweist, hatte niemand etwas einzuwenden. Schliesslich stimmten die Bürger dafür, den Zweckverband Gemeindeammannamt Männedorf-Oetwil-Uetikon aufzulösen und genehmigten vier Einbürgerungen.

## Familien- und schulergänzende Betreuung

# Alle Angebote unter einem Dach

Für die Männedörfler Gemeindepräsidentin Heidi Kempin (FDP) schliesst sich ein Kreis: Ihre erste Amtshandlung war eine Umfrage, mit der das Bedürfnis nach Kinderhorten ermittelt wurde. Am Montag, an ihrer letzten Gemeindeversammlung als Präsidentin, informierte sie die Männedörfler erstmals über das Konzept zur Neuorganisation der familienergänzenden Betreuung.

Die Geschichte hört sich schicksalhaft an: Vor 100 Jahren war Kempins Grossmutter an der Gründung des Vereins Kinderkrippe beteiligt. Männedorf war die erste Gemeinde am See, in der Betreuung für Kinder im Vorschulalter angeboten wurde. Im April dieses Jahres gab der Gemeinderat bekannt, er wolle die Krippen des Vereins und die schulergänzenden Angebote unter einen Hut bringen - unter den der Gemeinde. (TA vom 28. 4.)

Damit griff Männedorf dem Abstimmungsergebnis vom letzten Wochenende zur Kinderbetreuungsinitiative vor. Durch die Annahme des Gegenvorschlags des Kantonsrats wird die familienergänzende Kinderbetreuung als öffentliche Aufgabe gesetzlich verankert.

## Im Dezember wird entschieden

Die letzte glückliche Fügung schliesslich war, dass die Vereinsmitglieder an der Versammlung dem Grobkonzept und dessen Umsetzung durch den Vorstand zustimmten. Durch die Zusammenführung der Angebote würde der Verein alle Aufgaben und auch das Vermögen der Gemeinde übertragen. Damit das Konzept umgesetzt werden kann, fehlt nun noch die Zustimmung der Stimmbürger. Das Geschäft wird voraussichtlich an der Gemeindeversammlung vom kommenden Dezember behandelt. (bel)